

## Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

### Ministerpräsident in den Aufsichtsrat FBB

Bereits seit seiner Amtseinführung im August 2013 hat der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dr. Dietmar Woidke, sich geweigert, in Angelegenheit „Aufsichtsrat FBB“ in Verbindung mit dem Großflughafen BER Verantwortung zu übernehmen. Er hat von vornherein abgelehnt, Mitglied im Aufsichtsrat zu werden und hat dies an einen Staatssekretär delegiert. Bekanntermaßen hat dann das ganze Jahr 2014 über Herr Wowereit die Kastanien aus dem Feuer geholt und auch die Geschicke im BER so gelenkt, wie es insbesondere die Berliner Politik wollte.

Nach der Amtsübergabe des Berliner Regierenden Bürgermeisters Wowereit an Michael Müller im Dezember 2014 hat dieser zuerst erklärt, nicht in den Aufsichtsrat zu wollen. Dies hat dann die Brandenburger Politik darin bestärkt, ebenfalls Zurückhaltung zu üben und sogenannte Experten in den Aufsichtsrat zu schicken.

Nunmehr hat der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, am 29.04.2015, einen Kehrtswenk gemacht und erklärt, den Aufsichtsratsvorsitz übernehmen zu wollen.

Dies offensichtlich insbesondere deshalb, weil der Berliner Politik der Kurs am Flughafen BER überhaupt nicht passt, weil die Fragen des Anwohnerschutzes in den Zeiten, seitdem Wowereit nicht mehr Aufsichtsratsvorsitzender war, eine größere Rolle gespielt haben und nun versucht Berlin, die Flughafenpolitik wieder in seine Richtung zu drängen, d.h.: „Drehkreuz BER - keine Rücksicht auf die Anwohner“ - denn Berlin sind die Anwohner im Land Brandenburg schlicht egal.

Aus diesem Grunde muss der Ministerpräsident des Landes Brandenburg seine Zurückhaltung aufgeben und in den BER-Aufsichtsrat eintreten, um die Interessen des Landes Brandenburg und insbesondere der Anwohnerinnen und Anwohner zu wahren. Eine Vertretung selbst durch einen erfahrenen Staatssekretär ist nicht adäquat. Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg kann nicht die Verantwortung für 100.000 vom Fluglärm Betroffene ignorieren und an Dritte delegieren. Der Ministerpräsident ist die führende Repräsentationsfigur des Landes Brandenburg mit Richtlinienkompetenz, und er muss in diesem wichtigen Projekt die Fäden in der Hand haben, um die Interessen des Landes und der Menschen zu wahren.

**Aus diesem Grunde möge der Landtag beschließen:**

Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg wird aufgefordert, in den Aufsichtsrat der FBB einzutreten.

Iris Schülzke  
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe